

## TAGUNGEN

### „Soziale Voraussetzungen der Automation" — Problemtagung der CDU-Sozialausschüsse

Das große Vorbild wurde nicht erreicht und konnte auch nicht erreicht werden. Was die IG Metall auf ihren großen internationalen Arbeitstagen über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt für das Verständnis der sozialen Problematik technischer Innovationen in einem beispielhaften Lernprozeß mit Breitenwirkung eingeleitet hat, bleibt nach wie vor einsame Spitze. Aber nichtsdestoweniger ist zu begrüßen, daß andere gesellschaftliche Gruppierungen sich der wichtigen und hochaktuellen Thematik annehmen. Wie jetzt die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der Arbeitnehmerflügel der CDU, auf ihrer Problem-

tagung Automation, die am 19. April im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter stattfand.

Bundesarbeitsminister *Hans Katzer*, Vorsitzender der Sozialausschüsse und ohne Zweifel der progressivste CDU-Spitzenpolitiker, leitete die Tagung mit einem Referat ein, das zu einigen wichtigen Fragen des technischen Fortschritts Stellung nahm. Katzer betonte:

„Wir müssen uns auch im gesellschaftspolitischen Bereich allmählich daran gewöhnen, daß technischer Fortschritt und Strukturwandel der normale und nicht der anomale Zustand sind und daß wir die gesellschaftlichen Institutionen ständig an die sich laufend wandelnden Situationen anpassen müssen. Wir sprechen oft von unserer dynamischen Gesellschaft. Doch wenn es im Einzelfall darum geht, die Konsequenzen aus dem technischen Fortschritt zu ziehen, dann stoßen wir auf den erbitterten Widerstand der jeweils Etablierten. Das gilt für die berufliche Bildung genauso wie für die Vermögensbildung oder die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer.“

Der Bundesarbeitsminister stellte die Frage: „Welches sind die leitenden gesellschaftspolitischen Grundgedanken, auf die wir unsere Bemühungen zur Bewältigung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme des technischen Fortschritts ausrichten müssen?“ Seine Antwort:

„Wenn wir gleichzeitig ein kräftiges Wirtschaftswachstum und berufliche Sicherheit für den einzelnen arbeitenden Menschen erreichen wollen, dann müssen wir eine aktive, vorausschauende Bildungs- und Beschäftigungspolitik betreiben. Wir müssen den Menschen ganz bewußt und planend auf die Anforderungen der Arbeitswelt von morgen vorbereiten und ihm die ständige berufliche Anpassung erleichtern. Mit dem Arbeitsförderungsgesetz, dem Berufsbildungsgesetz und dem Ausbildungsförderungsgesetz werden wichtige Schritte getan. Im Arbeitsförderungsgesetz wird zum erstenmal ein gesetzlicher Anspruch auf finanzielle Unterstützung der beruflichen Aus- und Fortbildung geschaffen. Die Arbeitsberatung und die Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung sowie der Umschulung werden wesentlich verbessert.“

Tatsächlich werden jetzt endlich eine ganze Reihe von Forderungen erfüllt, die der DGB seit Jahren erhoben hat. Katzer dazu: „Mein Haus läßt gegenwärtig neben zahlreichen anderen Forschungsarbeiten eine quantitative Vorausschau auf den Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland bis 1976 erstellen, um bessere Anhaltspunkte für die Politik zu gewinnen. Im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung werden die theoretischen und statistischen Grundlagen für eine moderne Beschäftigungspolitik

erarbeitet. Bei den Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung und Wirtschaft sind ein Arbeitskreis Automation und ein Gesprächskreis für Fragen der beruflichen Bildung gebildet worden. Bald wird auch ein Institut für Berufsbildungsforschung aufgebaut werden, wie es im Berufsbildungsgesetz vorgesehen ist. Auch diese Institution soll einer wissenschaftlich fundierten, zukunftsorientierten Beschäftigungspolitik dienen.“

Katzer warnte davor, nun die Hände so lange in den Schoß zu legen, bis die Wissenschaft detaillierte Aussagen machen kann. Denn: „Wir dürfen die zukünftigen technischen Entwicklungen und die zukünftigen Anforderungen an den Menschen nicht als etwas Unbeeinflussbares betrachten. Vielmehr ist auch der technische Fortschritt das Ergebnis wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entscheidungen, die wir heute treffen. Zweitens müssen wir damit rechnen, daß der wirtschaftliche Strukturwandel in Zukunft eher schneller als langsamer verlaufen wird. Daher müssen wir heute dafür sorgen, daß sich die Erwerbstätigen psychologisch auf den Wandel vorbereiten und die entsprechenden allgemeinen Verhaltensweisen entwickeln. Hierzu gehören — um nur einige erforderliche Grundeinstellungen zu nennen — die Bereitschaft, ständig hinzuzulernen, der Wille zum kritischen Mitdenken und die Bereitschaft zur beruflichen und regionalen Mobilität.“

Der Bundesarbeitsminister schloß: „Wenn wir von sozialen Voraussetzungen der Automation sprechen, so scheint mir die allerwichtigste Grundvoraussetzung die Erhaltung der Freiheit und Selbstbestimmung des einzelnen in den komplizierten wirtschaftlichen und technologischen Prozessen zu sein. Unter diesem Aspekt wird auch die Frage der Mitbestimmung mehr und mehr gesehen werden müssen. Der einzelne arbeitende Mensch steht nicht allein und resignierend einem riesigen technischen Apparat gegenüber, sondern diese Apparatur hat sich in den gesellschaftlichen Prozeß, den wir gestalten wollen, einzufügen. Das scheint mir die langfristige Perspektive zu sein, die wir jetzt schon haben müssen, um unsere aktuellen Probleme richtig bewerten und lösen zu können.“

Die Schlußworte des Vorsitzenden der Sozialausschüsse sind zutreffend — aber leider immer noch viel zu sehr Zukunftsmusik. Wie sehr, das zeigte in Königswinter auch Dr. *Horst Schmelzer* vom WEMA-Institut für empirische Sozialforschung in Köln auf. Denn immer noch, so stellte Schmelzer fest, hinkt in der Bundesrepublik das Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit — und auch das der meisten Politiker — weit hinter der technologischen Entwicklung her. Er belegte das mit Zahlen. Der Anteil der öffentlichen Hand an Forschungsaufwendungen betrage in den USA

67 vH, in Schweden 37 vH und in Frankreich 30 vH — in der Bundesrepublik hingegen lediglich 4 vH. Die USA investieren auf diesem Gebiet achtmal soviel wie alle sechs EWG-Länder zusammen. Auch bei der Computereentwicklung, der Schlüsselindustrie für den technischen Fortschritt, sei mit der Bundesrepublik kein Staat zu machen: 13,6 vH der hiezulande arbeitenden elektronischen Datenverarbeitungsanlagen stammen aus der Produktion deutscher Unternehmen, die restlichen 86,4 vH wurden von ausländischen Firmen bezogen. Wenn aber die Bedeutung der technologischen Entwicklung als Schrittmacher des sozial-kulturellen Fortschritts nicht bald voll erkannt und akzeptiert werde, dann riskierten wir, noch stärker als bislang schon gegenüber den USA, Schweden, Japan und Kanada ins Hintertreffen zu geraten.

Gefördert werden müsse jetzt insbesondere die Bereitschaft zu technischer Kreativität, und Schmelzer forderte außerdem den Abbau überholter Autoritäts-, Organisations- und Entscheidungsstrukturen. Strukturelle Veränderungen müßten insbesondere im Bildungswesen durchgesetzt werden. Hier liege eine „Anpassungsverspätung“ der Bildungskonzeption vor, die verschuldet sei durch die zähleibige Übermacht neuhumanistischer Ideale. Es gelte nach wie vor als fein, Goethe zu lesen oder ihn gar zitieren zu können. Die Naturwissenschaften hingegen rechne man noch immer nicht zur „Kultur“, sondern zur „bloßen Zivilisation“. Dr. Schmelzer plädierte dafür, jetzt eine breitgefächerte politische Diskussion über diesen gesamten Problemkreis in Gang zu bringen. Das könne die politisch Handelnden aufklären und befähigen, die Verbreitung von technischem Wissen zu fördern.

Gezielt auf die politischen Aspekte des technischen Fortschritts ging auf der Problemtagung in Königswinter der Leiter der DGB-Bundesschule in Bad Kreuznach, Diplomvolkswirt *Hans Pornschlegel*, ein. Er warnte vor der Gefahr, daß in einer hochindustrialisierten Gesellschaft die Demokratie abgelöst werden könnte durch eine Herrschaft der Technokraten. Der Einsatz von computergesteuerten Datenbanken schaffe ein Informationsmonopol bei den Experten. Hinzu komme, daß die Entscheidungen zunehmend von Zentralen aus gefällt werden und die Entwicklung hin zu noch größerer Konzentration der Unternehmen und Verwaltungen den Technokraten günstige Voraussetzungen gebe für eine äußerst schwer kontrollierbare Herrschaft. Diese Gefahr lasse sich nur bannen, betonte *Pornschlegel*, wenn die Ober- und Unterordnung in der betrieblichen Hierarchie abgelöst wird durch Kooperation und Teamarbeit, die ergänzt werden müßten durch eine breitausgebaute Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit bedinge aber nicht bloß eine Reprä-

sentation der Arbeitnehmer in den Unternehmensorganen, sondern auch eine verbreiterte Mitbestimmung an der Basis — für die Betriebsräte und die gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Die Arbeitnehmerschaft sei gut beraten, wenn sie sich auch deshalb besonders intensiv für eine entsprechende Weiterentwicklung des Betriebsverfassungsgesetzes einsetzen würde.

Die Behauptung der Arbeitgeber, eine Mitbestimmung komme schon deshalb nicht in Frage, weil der Unternehmer allein das Risiko zu tragen habe, fuhr *Pornschlegel* hart in die Parade. Das Risiko der Arbeitnehmer sei unvergleichlich größer. Sobald es der „Fortschritt“ verlange, würden, sie ohne große Umstände dem „System der sozialen Sicherung“ überantwortet, das heiße, es werde ihnen ohne viel Federlesen gekündigt. Wie sehr die Arbeitnehmer gegenüber dem Kapital unterprivilegiert sind, das zeige sich eben gerade daran besonders drastisch, daß sie sehr kurzfristig freigesetzt werden können, während eine Bindung des Unternehmens an Kapital im Regelfall sehr langfristig erfolge.

Weitgehend einig war man sich in diesem Gesprächskreis darüber, daß die Bildungsangebote verbreitert und die Bildungsinhalte einer gründlichen Reform unterzogen werden, müssen. So stand Dr. *Dieter Mertens*, Leiter des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Erlangen, ziemlich allein auf weiter Flur, als er beklagte, daß das ständige Gerede vom Zwang zur Mobilität viele Jugendliche unruhig und rebellisch mache. Dr. *Friedrichs*: „Wenn die Lehrlinge nicht meutern, dann wird sich auch nichts ändern.“ Und er wies darauf hin, daß 1964 von den 1,4 Millionen Lehrlingen in der Bundesrepublik fast 500 000 im Handwerk ausgebildet wurden, „obwohl wir hier alle wissen, daß die nie im Handwerk beschäftigt werden können.“

Und auch dies wurde deutlich: Trotz aller Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften pflegen die meisten Arbeitnehmer weiterhin einen gefährlichen Illusionismus. Dr. *Günter Friedrichs*, Automationsexperte der IG Metall: „Wir haben in Betrieben, in denen besonders scharf rationalisiert wird, in denen also Entlassungen an der Tagesordnung sind, die Kollegen gefragt: ‚Was glaubt ihr denn, wann ihr an der Reihe seid?‘“ Das Ergebnis: alle Befragten zeigten sich selbstbewußt, glaubten sich persönlich völlig sicher vor einer Entlassung. Die kann, so meinten sie, nur die anderen treffen, die weniger Tüchtigen. So ergab denn auch eine Erhebung des Kölner WEMA-Instituts, wie Dr. Schmelzer mitteilte, daß lediglich 14 vH der befragten Arbeitnehmer sich durch Kurse oder ähnliche Fortbildungsmaßnahmen auf neue berufliche Anforderungen vorbereiten. 80 vH geben sich der trügerischen Hoffnung hin, daß ihre berufliche Ausbildung ausreicht,

um gegenüber allen Wechselfällen der Zukunft gewappnet zu sein.

Hier zeigt sich besonders drastisch, wie notwendig es ist, die Aufklärungsarbeit über die Folgen des technischen Fortschritts weiter zu forcieren. Die Tagung der Sozialausschüsse, auf der von den sozialen Voraussetzungen der Automation gesprochen wurde, ist wieder ein begrüßenswerter Schritt in diese Richtung.

Die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft haben sich vorgenommen, ihre Problemtagungen fortzusetzen. Auf ihnen soll in aller Öffentlichkeit, mit versierten Experten und für eine breite Öffentlichkeit, zu aktuellen Fragen Stellung bezogen werden. Der Zeitpunkt und die Themen für die beiden nächsten Tagungen sind bereits festgelegt. Am 21. Juni wird über „Aktuelle Fragen der Sozialen Strukturpolitik“ referiert und diskutiert und am 22. November über „Ostpolitik und gesamtdeutsche Aspekte“. Haben die Sozialausschüsse keine Angst vor heißen Eisen? Es wird sich erweisen.

*Günther Heyder*